

Schuldenkrise: – Feuerwehreinsatz der Notenbanken

Vorabbemerkungen:

Die Banken setzen sich gegen eine Sündenbock-Rolle in der eskalierenden EU Schuldenkrise zur Wehr. „Manche Banken haben 2008 ihre Staaten in Schwierigkeiten gebracht, jetzt aber bringen manche Staaten ihre Banken in Probleme,“ sagte der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Andreas Schmitz, gegenüber „Börse Online.“ „Wir wurden im vergangenen Jahr von der Bundesregierung dazu aufgefordert, unsere Griechenland-Bonds zu behalten. Es heute als Spekulation zu bezeichnen, daß Banken in diesen Staatsanleihen engagiert sind, ist unfair.“

Das gab es alles schon einmal, nach der Pleite der US-Investmentbank Lehman 2008: Diesmal ist es die Schuldenkrise im Euroland, die das Vertrauen der Banken untereinander untergräbt. Wieder einmal griffen die Notenbanken zum Äußersten und fluteten die Märkte mit Geld.

Frankfurt: Angesichts der ungelösten Schuldenkrise nehmen die Spannungen im europäischen Bankensystem weiter zu. Deshalb haben die mächtigsten Notenbanken der Welt in einer konzertierten Aktion zu Gunsten der Geschäftsbanken auf dem Geldmarkt eingegriffen. Das Ziel: Mehr flüssige Mittel für das weltweite Finanzsystem bereitzustellen, um damit Spannungen an den Märkten abzubauen, hieß es bei der Europäischen Zentralbank. Die Börsen feierten dies mit kräftig steigenden Kursen. Der Euro gewann gegenüber dem Dollar binnen Minuten zwei Cent dazu.

Bei den sogenannten Dollar-Tauschgeschäften geht es darum, anderen Notenbanken Finanzmittel in US-Dollar bereitzustellen. Am Mittwoch, den 30.11.2011 senkten die beteiligten Zentralbanken die Zinsen für solche Geschäfte – damit wird es zum Beispiel für europäische Banken leichter, an Dollar zu kommen. „Letztlich ist es eine Hilfe für das europäische Bankensystem,“ sagte der Volkswirt Klaus Adam von der Universität Mannheim. Die Banken hätten in der letzten Zeit Schwierigkeiten gehabt, sich in Dollar zu refinanzieren, weil ihre in Euro laufenden Wertpapiere zunehmend nicht mehr als Sicherheiten akzeptiert worden seien.

Zuvor hatte es bereits Spekulationen über eine aktivere Rolle der EZB gegeben. Eine Ankündigung, unbegrenzt Staatspapiere von Euro-Krisenländern aufzukaufen, gilt als schärfste Waffe der Notenbank, ist aber im EZB-Rat bisher nicht mehrheitsfähig und wird unter anderem von Bundesbank-Präsident Jens Weidmann strikt abgelehnt. Die EZB kauft seit Monaten Staatsanleihen von Krisenländern in überschaubarem Umfang auf, um die Kurse zu stützen.

Der Kreditwirtschaft weht auch bei den Ratingagenturen rauer Wind entgegen. Dieses Mal versetzt Branchenprimus Standard & Poor's (S&P) mit einem weltweitem Rundumschlag über 37 Institute hinweg, vor allem die US-Bankenwelt in Aufruhr. Die deutschen Institute kommen dagegen glimpflich davon. Allerdings senkte S & P den Ausblick der Deutschen Bank, die ihre gute Note „A+“ behält, von „stabil“ auf „negativ“. Das bedeutet, daß eine Herabstufung droht. Die Commerzbank lebt bereits mit diesem Makel. S & P senkte die Bewertung der Citi-group, Bank of America, Goldman Sachs, Morgan Stanley und von Branchenprimus JPMorgan Chase jeweils um eine Stufe. Dasselbe Urteil traf die schweizerische UBS und die britischen Branchenvertreter HSBC, Royal Bank of Scotland sowie Barclays. Die französischen Banken Société Générale und BNP Paribas konnten sich hingegen über eine Bestätigung des Ratings freuen. Schlechtere Ratings bedeutet, daß es für die Großbanken, nun teurer werden dürfte, frisches Kapital aufzunehmen. Denn Investoren lassen sich ein höheres Risiko, daß sie ihr Geld verlieren könnten, mit höheren Zinsen bezahlen.

Derweil wartet die Branche weiter mit Spannung auf den neuen Streßtest der Europäischen Bankenaufsicht (EBA). Er soll Aufschluß geben, wie viel frisches Kapital die großen Institute zusätzlich brauchen m krisenfest zu werden. Die Banken klagen über immer schärfere Auflagen und tragen mehr Einlagen zur EZB.

Am Mittwoch näherten sich die eintägigen Einlagen der Geschäftsbanken bei der Notenbank der Marke 300 Mrd. Euro. Die sogenannten „Übernacht-Einlagen“ summierten sich zuletzt auf 297,1 Mrd. Euro. Die Schwelle von 300Mrd. Euro war zuletzt im Sommer 2010 im Zuge der ersten Griechenlandkrise überschritten worden. Ähnlich wie in der Finanzkrise 2008 ist der sogenannte Interbankenhandel, der sonst reibungslos funktioniert, erneut erheblich gestört.